

2018-2
MIDEM-Bericht

DIE PARLAMENTSWAHL IN UNGARN 2018

VON ELLEN BOS
UND ZOLTÁN TIBOR PÁLLINGER

Zitiervorschlag:

Bos, Ellen / Pállinger, Zoltán Tibor 2018: Die Parlamentswahl in Ungarn 2018, MIDEM-Bericht 2018-2, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	GRUNDLAGEN	4
	1.1 Entwicklung des politischen Systems	4
	1.2 Das ungarische Wahlsystem	5
2.	POPULISTEN AN DER MACHT	6
3.	DAS THEMA MIGRATION	7
4.	DIE WAHLEN 2018	11
	4.1 Die Wahlkampagne	9
	4.2 Die Wahlergebnisse	9
	4.3 Analyse der Ergebnisse	12
5.	AUSBLICK	13
	LITERATURVERZEICHNIS	15
	AUTOREN	18
	IMPRESSUM	19

ZUSAMMENFASSUNG

Im Vorfeld der Parlamentswahlen sagten die meisten Meinungsumfragen der seit 2010 regierenden Koalition aus dem Ungarischen Bürgerbund und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (Fidesz-KDNP) erneut eine deutliche Mehrheit voraus. Fraglich war nur, ob es – wie 2010 und 2014 – noch einmal zu einer Zweidrittelmehrheit reichen würde.

Tatsächlich bedeutet das knapp eine Woche nach den Wahlen verkündete, vorläufig offizielle Wahlergebnis für Fidesz-KDNP einen erneuten Triumph. Die beiden Parteien konnten die Wahlen noch klarer als vier Jahre zuvor für sich entscheiden. Fast 50 % der Listenstimmen und 91 der 106 Direktmandate bilden die Grundlage für eine erneute Zweidrittelmehrheit im Parlament. Migration war das beherrschende Thema in Orbáns Wahlkampf. Seine Partei setzte mit stark polarisierenden Botschaften auf die Abgrenzung gegenüber der Europäischen Union bzw. den Vereinten Nationen.

Fidesz und KDNP werden in der neuen Landesversammlung 133 von 199 Abgeordnete stellen und damit über 66,83 % der Mandate. Auf dem zweiten Platz folgt weit abgeschlagen die nationalistische Partei Jobbik mit 26 Abgeordneten (13,07 % der Mandate). Ins Parlament einziehen konnten außerdem die Listenverbindung von Ungarischer Sozialistischer Partei (MSZP) und der Partei „Dialog“ (Parbeszéd, P) mit 20 Abgeordneten (10,05 % der Mandate), die Demokratische Koalition (DK) mit neun Abgeordneten (4,52 % der Mandate) und „Politik kann anders sein“ (Lehet Más a Politika, LMP) mit acht (4,02 % der Mandate). Hinzu kommen ein unabhängiger Abgeordneter und ein Abgeordneter der Partei Együtt.

Auch der deutschen Minderheit ist es gelungen, genügend Stimmen für ihre Minderheitenliste zu gewinnen, so dass sie mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten sein wird.

Glossar: Abkürzungen der politischen Parteien bzw. Minderheitenlisten

DK	Demokratikus Koalíció (Demokratische Koalition)	MIÉP	Magyar Igazság és Élet Pártja (Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei)
Együtt	Együtt – a Korszakváltók Pártja (Gemeinsam für einen Epochenwandel)	MKKP	Magyar Kétfarkú Kutypárt (Ungarische Zweischwänzige Hundepartei)
FKgP	Független Kisgazda Párt (Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte)	MNOÖ	Magyarországi Németek Országos Önkormányzata (Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen)
Fidesz	Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund der Jungen Demokraten/Ungarischer Bürgerbund) ¹	MLP	Magyar Liberális Párt (Ungarische Liberale Partei)
Jobbik	Jobbik Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn)	Momen- tum	Momentum Mozgalom (Momentum-Bewegung)
KDNP	Keresztény Demokrata Néppárt (Christlich-Demokratische Volkspartei)	MSZP	Magyar Szocialista Párt (Ungarische Sozialistische Partei)
LMP	Lehet Más a Politika (Politik kann anders sein)	P	Párbeszéd (Dialog) ²
MDF	Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum)	SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége (Bund der Freien Demokraten)

1. GRUNDLAGEN

1.1 ENTWICKLUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS

Ungarn war einer der Wegbereiter demokratischer Reformen im Ostblock und galt als Musterbeispiel eines gelungenen Systemwechsels. Im Gegensatz zu fast allen anderen ehemals sozialistischen Ländern verzichtete Ungarn zunächst auf die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und beschränkte sich auf eine Totalrevision der sozialistischen Verfassung aus dem Jahr 1949.

Anknüpfend an die historischen Traditionen wurde in Ungarn ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem Einkammerparlament eingeführt. Nach Vorbild der Bundes-

republik Deutschland nimmt der Ministerpräsident eine herausgehobene Stellung im Regierungsgefüge ein. Überdies hat sich im zentralistisch organisierten politischen System das neu geschaffene, mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattete Verfassungsgericht als wirksames Gegengewicht zur Exekutive etabliert.

Das 1989/90 eingeführte demokratische System konsolidierte sich schnell und erreichte dabei eine im regionalen Vergleich sehr hohe Stabilität. So gab es keine vorzeitigen Parlamentsauflösungen. Auch das neu entstandene pluralistische Parteiensystem erwies sich zunächst als außerordentlich stabil. Von 1990 bis 2006 etablierte sich ein zweipoliges Parteiensystem. Auch wenn es regelmäßig Regierungswechsel gab, spielten die nach 1989 entstandenen Parteien durch-

1 Der Gründungsname der Partei lautete: Fiatal Demokraták Szövetsége (Bund der Jungen Demokraten). Ab 1995 bis 2003 hieß die Partei Fidesz-MPP (Magyar Polgári Párt, Ungarische Bürgerliche Partei). Seit 2003 lautet der offizielle Name Fidesz-MPSz (Magyar Polgári Szövetség, Ungarischer Bürgerbund).

2 Ursprünglich hieß die Partei Párbeszéd Magyarországért (Dialog für Ungarn). Ab 2016 verwendet sie die Bezeichnung Párbeszéd (Dialog).

gängig die Hauptrolle. Neuen Parteien gelang es kaum, sich längerfristig zu etablieren. Alle im Parlament vertretenen Parteien waren bereits an den Gesprächen am Runden Tisch³ beteiligt. Dies führte dazu, dass in den Jahren bis 2010 meistens dieselben sechs Parteien im Parlament vertreten waren: das Ungarische Demokratische Forum (Magyar Demokrata Forum, MDF), die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte (Független Kisgazda Párt, FKgP), der Bund der Jungen Demokraten (Fiatal Demokraták Szövetsége, Fidesz), die Christlich-Demokratische Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt, KDNP), der Bund der Freien Demokraten (Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ) und die Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt, MSZP). Im Laufe des ersten Jahrzehnts nach dem Systemwechsel hat sich die politische Ausrichtung dieser Parteien gewandelt und stabilisiert. Auf der linken Seite des politischen Spektrums konnten sich die MSZP und auf der rechten Seite der Fidesz als wichtigste Akteure etablieren. SZDSZ entwickelte sich zum ständigen kleineren Koalitionspartner von MSZP, die KDNP und FKgP wurden die entsprechenden Partner von Fidesz. Da nahezu alle im Parlament vertretenen Parteien das Ziel der Westintegration unterstützten, wurden die fundamentalen Konflikte überlagert: In den Jahren der EU-Beitrittsverhandlungen wirkte die notwendige Anpassung an die europäischen Standards entsprechend konfliktbegrenzend für die ungarische Innenpolitik. Nach dem Beitritt zur EU fiel dieses disziplinierende Element weg, was zur Intensivierung der politischen Konflikte beigetragen hat. Dies war mit einer zunehmenden Polarisierung zwischen den politischen Lagern verbunden.

Die Parlamentswahlen von 2010 stellten eine Zäsur in dieser von Kontinuität geprägten Entwicklung dar. Die Weltwirtschaftskrise und die endemische Korruption der von der MSZP geführten Regierung ließen das stabile System implodieren. Dies war die Grundlage für den Erdrutschsieg, den Viktor Orbán 2010 mit dem von ihm geführten Parteibündnis aus Fidesz und KDNP erringen konnte. Fidesz ist seitdem zur dominierenden Partei Ungarns aufgestiegen. Außerdem konnten sich von den Parteien des Systemwechsels nur die MSZP im Parlament behaupten. Als neue Kräfte zogen die grün-liberale LMP und die rechtsradikale Jobbik in das Parlament ein (vgl. Bos 2011).

Legitimiert durch eine Zweidrittelmehrheit setzte Orbán mit hohem Tempo den grundlegenden Umbau des politischen Systems in Gang. Zentrale Schritte waren die Verabschiedung des neuen Grundgesetzes und eines neuen Wahlgesetzes im Jahr 2011. Außerdem führte Orbán das System der Nationalen Zusammenarbeit (Nemzeti Együttműködés Rendszere, NER) ein, das als eine ideologische Grundlage für die Zentralisierung der Macht und die Diskreditierung der Opposition dient (vgl. dazu Kapitel 2). Diese Entwicklung

führte zu einer breit wahrgenommenen Dekonsolidierung bzw. Verschlechterung der Qualität der Demokratie. Diese Einschätzung spiegelt sich in allen einschlägigen Demokratieindizes wider, in denen Ungarn beispielsweise als „defekte Demokratie“ (Bertelsmann Transformationsindex seit 2014) bzw. als „semikonsolidierte Demokratie“ (Freedom House Nations in Transit Index seit 2015) eingestuft wird. Ungarn gilt inzwischen als Vorreiter der „illiberalen“ Demokratie (vgl. dazu Kapitel 2).⁴

1.2 DAS UNGARISCHE WAHLSYSTEM

In Ungarn wurde während des Systemwechsels im Jahr 1989 ein gemischtes Wahlsystem eingeführt. Das komplizierte „Grabenwahlsystem“ entstand als Kompromiss zwischen den an den Verhandlungen am sogenannten Runden Tisch beteiligten Vertretern der Opposition und der kommunistischen Partei. Die Wahl der ursprünglich 386 Abgeordneten erfolgte in zwei Wahlrunden und war in drei Säulen organisiert (Dieringer 2009: 97). Die Wähler verfügten über zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählten sie die Direktkandidaten in den 176 Einerwahlkreisen, mit der zweiten Stimme die Territoriallisten der Parteien in den 19 Komitaten und in Budapest, über die maximal 152 Mandate vergeben wurden. Da bei der Wahl in den Einerwahlkreisen in der ersten Runde für den Gewinn des Mandats die absolute Mehrheit notwendig war, war eine zweite Wahlrunde erforderlich. Zusätzlich existierte eine landesweite „Kompensationsliste“, über die mindestens 58 Mandate verteilt wurden. Diese Liste wurde nicht direkt gewählt, vielmehr zählten hier die sogenannten „Bruchstimmen“ der anderen beiden Säulen des Systems. Diese setzten sich aus den an die unterlegenen Kandidaten in den Einerwahlkreisen vergebenen Stimmen und Reststimmen bei der Vergabe der Mandate über die Territoriallisten zusammen. Nicht zu Unrecht galt dieses Wahlsystem als eines der kompliziertesten der Welt (Dieringer 2009: 95ff.).

Nach dem Erdrutschsieg von Fidesz-KDNP bei den Parlamentswahlen im Jahr 2010 gehörte die Reform des Wahlsystems zu den zentralen Elementen der von der mit Zweidrittelmehrheit regierenden Koalition durchgeführten, grundlegenden Reform des politischen Systems. Bereits im Juni 2010 beschloss das Parlament die Verkleinerung der Abgeordnetenzahl.⁵ Mit dem neuen Wahlgesetz⁶, das im Dezember 2011 verabschiedet wurde, wurde dann ein neues Wahlsystem in Ungarn eingeführt, das die Zahl der Abgeordneten von 386 auf 199 reduzierte. Das neue Wahlsystem hält zwar an der Grundstruktur des bisherigen Systems fest, führte aber grundlegende Veränderungen ein (vgl. dazu Renwick 2012, Tóth, Csaba 2017). So wurden die Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht und das Kom-

3 Zwischen Juni und September 1989 wurden die Modalitäten des Übergangs zwischen der Staatspartei und den Vertretern der wichtigsten oppositionellen Gruppierungen am so genannten „Nationalen Runden Tisch“ (Nemzeti Kerekasztal) ausgehandelt. Nach der Einigung über die wichtigsten politischen Fragen wurden die Resultate dieser Verhandlungen durch das sozialistische Parlament verabschiedet.

4 In der Fachliteratur versteht man unter „illiberaler Demokratie“ eine defekte Demokratie, in welcher die Rechtsstaatskomponente der liberalen Demokratie beschädigt ist. Orbán selbst verwendet seit 2014 diesen Begriff als Leitlinie für das in Ungarn auszubauende System. Die Orbánsche Konzeption wird in Teil 3 näher erörtert.

5 Vgl. (37/2010. (VI. 16.) OGY határozat, Magyar Közlöny, Nr. 103, S. 21484).

6 2011. évi CCIII. Törvény az országgyűlési képviselők választásáról, in: Magyar Közlöny, 165/2011, S. 41095-41181.

pensationssystem beibehalten. Die ungarische Wählerschaft verfügt entsprechend weiter über zwei Stimmen. Allerdings wurde die Aufteilung von Direkt- und Listenmandaten zugunsten der Direktmandate verschoben. 106 der 199 Mandate werden in den Einerwahlkreisen vergeben. Da für die Wahl der Direktkandidaten die absolute durch die relative Mehrheitswahl ersetzt wurde, ist nur noch eine Wahlrunde notwendig. Eine weitere wichtige Veränderung ist, dass die Regionalisten abgeschafft wurden. Stattdessen gibt es nur noch die Landeslisten der Parteien, für die die Zweitstimmen abgegeben werden. Für den Einzug ins Parlament muss eine Partei mindestens fünf Prozent der Stimmen bekommen. Bei Listenverbindungen aus zwei Parteien beträgt diese Hürde zehn Prozent, bei Verbindungen aus drei und mehr Parteien 15 Prozent.

Auch beim Kompensationssystem gab es eine wichtige Neuerung. Es werden nicht nur die Stimmen für die unterlegenen Kandidaten in den Direktwahlkreisen berücksichtigt (Verliererkompensation), sondern auch die Stimmen für die siegreichen Kandidaten, die für den Gewinn des Mandats nicht notwendig gewesen wären (Gewinnerkompensation). Eine weitere Neuerung war die Einführung von Sonderregeln für die dreizehn in Ungarn anerkannten nationalen Minderheiten. Diese können ebenfalls Kandidatenlisten einreichen. Wählerinnen und Wähler können sich vor der Wahl als Angehörige einer Minderheit registrieren. In diesem Fall wählen sie mit ihrer Zweitstimme nicht die Landesliste einer Partei, sondern die Kandidatenliste ihrer Minderheit. Für die Wahl der Abgeordneten der Minderheiten gelten ermäßigte Quoten (etwa ein Viertel der für ein Parteimandat notwendigen Stimmen). Falls die Liste nicht genügend Stimmen erzielt, zieht der Spitzenkandidat als Fürsprecher ins Parlament ein. Er verfügt allerdings nur über ein Rederecht, aber nicht über ein Stimmrecht.

Schließlich wurde der Kreis der Wahlberechtigten auch auf die Ungarn ausgeweitet, die keinen Wohnsitz in Ungarn haben. Diese Regelung ist vor allem für die ungarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger relevant, die in den Gebieten der Nachbarländer leben, die nach der Neuziehung der Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg diesen Ländern zugeteilt wurden. Ohne Wohnsitz in Ungarn verfügen diese Personen allerdings nur über ein eingeschränktes Wahlrecht. Sie haben nur eine Stimme für die landesweiten Parteilisten. Außerdem müssen sie sich vor den Wahlen registrieren und können dann per Briefwahl an den Wahlen teilnehmen.

Ungarinnen und Ungarn mit inländischer Wohnadresse, die sich zeitweilig im Ausland aufhalten, müssen sich ebenfalls vor der Wahl registrieren. Sie haben Erst- und Zweitstimmen, müssen aber in den Botschaften und Konsulaten Ungarns ihre Stimmen abgeben.

Insgesamt wurde mit der Wahlrechtsreform die mehrheitsbildende Wirkung und Disproportionalität des Wahlsystems verstärkt. Da der Anteil der Direktmandate erhöht wurde, schlägt das dort angewandte relative Mehrheitssystem stärker zu Buche. Außerdem stärkt auch das Kompensationssystem die größeren Parteien.

2. POPULISTEN AN DER MACHT

Auch wenn die Abkehr Ungarns vom Pfad der demokratischen Konsolidierung zahlreiche Beobachter überraschte, ist sie das Produkt einer längeren Entwicklung. Ein Wendepunkt stellt dabei Orbáns Wahlniederlage von 2002 dar. Orbán tat sich sichtlich schwer damit, die Wahlniederlage hinzunehmen und stellte die Legitimität der neuen Regierung in Frage. In einer Rede vor seinen Anhängern erklärte er: „Es gibt auch eine Heimat, auch wenn wir nicht über die Regierungsverantwortung verfügen. Die Heimat ist nicht einfach Politik, sondern unser Leben. Es kann sein, dass unsere Parteien und Abgeordneten im Parlament in der Opposition sind, doch wir, die wir hier auf diesem Platz sind, können nicht und werden nicht in der Opposition sein, weil die Heimat nicht in der Opposition sein kann“ (Orbán 2002, eigene Übersetzung). Das Besondere an dieser Rede ist, dass die politischen Gegner ausgegrenzt und diskreditiert werden sowie der Anspruch formuliert wird, dass Fidesz und seine Verbündeten allein die wahren Interessen der Nation vertreten. Dies folgt dem üblichen Muster populistischer Rhetorik, die einen Gegensatz zwischen den korrupten Eliten und dem Willen des Volkes konstruiert. Fidesz hat aus der Wahlniederlage Konsequenzen gezogen und angefangen, seine Basis vor allem auch auf dem Land zu verstärken und ein eigenes Medienimperium aufzubauen (Dezső 16.04.2018).

Viktor Orbán begann sich schon frühzeitig strategisch auf die Zeit nach den Wahlen vorzubereiten. In einem Diskussionspapier von 2009 formulierte er, dass die überkommenen Verhaltensmuster und insbesondere die Alternanz zwischen den beiden bestehenden Machtblöcken zu überwinden sei, indem die Gegner von Fidesz an den Rand gedrängt werden sollten. In Zukunft sollte Fidesz die zentrale Stelle (centrális erőtér) in der ungarischen Politik einnehmen und diese auch institutionell absichern, so dass gegen ihn keine Mehrheit mehr zustande kommen könne, damit Fidesz die ungarische Politik und Kultur auf lange Zeit dominieren und ein eigenes System aufbauen könne. Dies sollte die Voraussetzung sein, um die „ungarische Qualität der Existenz“ dauerhaft zu sichern (Orbán 2009).

Nach dem Wahlsieg machte sich die Regierungsmehrheit von Fidesz und KDNP daran, das Land gemäß ihren Plänen umzubauen. Das Parlament verabschiedete am 14. Juni 2010 eine Deklaration mit dem Titel „Es sei Friede, Freiheit und Einigkeit“ (Országgyűlés 2010). Darin wurde die Behauptung aufgestellt, dass mit den Wahlen von 2010 ein revolutionärer Wechsel vollzogen worden sei und damit die Transition zum Abschluss gebracht worden wäre. Der Regierung sei ein Mandat erteilt worden, um das Land grundlegend umzugestalten und ein neues System aufzubauen, das als „System der Nationalen Zusammenarbeit“ (Nemzeti Együttműködés Rendszere, NER) bezeichnet werden solle. Die Grundlagen des neuen Systems wurden in dem 2011 verabschiedeten und am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen neuen Grundgesetz verankert. Dieses ist geprägt durch eine Rhetorik, die an konservative und volkstümliche Prinzipien anknüpft. Insgesamt lässt sich eine Verschiebung von liberal-individualistischen in Richtung von kollektivistischen Wertvorstellungen beobachten.

In den nächsten Jahren griff die Regierung vermehrt lenkend in die Wirtschaft ein. Explizites Ziel war dabei, durch die Stärkung des inländischen Bürgertums die Unabhängigkeit des Landes nach außen zu konsolidieren. Der staatliche Einfluss nahm nicht nur in den öffentlich-rechtlichen Medien zu. Durch den Aufkauf bis dahin unabhängiger Medien und die staatliche gesteuerte Vergabe von Werbung an regierungsfreundliche Medien ist es gelungen, wichtige oppositionelle Medien in den Hintergrund zu drängen, und auch im Bereich der privaten Medien eine dominante Position von Fidesz auszubauen. Die hegemoniale Stellung von Fidesz wurde auch im Bereich der Kultur und Bildung gefestigt. Bei der Besetzung von Posten in kulturellen Einrichtungen kommen in der Regel nur Anhänger der Regierungsparteien zum Zuge. Schließlich wurden auch die nationalen Lehrpläne angepasst. Die dominante Stellung in den Medien und im kulturellen Bereich wurde ausgenutzt, um die Opposition aktiv zu bekämpfen.

Die Beschreibung und ideologische Rechtfertigung dieses Systems lieferte Orbán in seiner Rede vom 26. Juli 2014 an der Freien Sommeruniversität von Bad Tuschnad (Orbán 2014). In dieser legte Orbán dar, dass gegenwärtig nicht die liberalen westlichen Demokratien, sondern Staaten wie Singapur, China, Indien, Russland und die Türkei erfolgreich seien. Deshalb solle auch für Ungarn durch die Abkehr von westlichen Dogmen und Ideologien eine neue Organisationsform gefunden werden, die das Land in Zukunft wettbewerbsfähig machen könne. Die 1989 eingeführte liberale Demokratie habe die Rolle des Individuums zu Lasten der Nation überbetont und nicht verhindert, dass die Machtverhältnisse der sozialistischen Ära in die neue Zeit übertragen werden konnten. Als Gegenentwurf wird ein System präsentiert, in welchem traditionelle Werte geschützt und öffentliche und private Interessen wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden sollen. Ideologisch beruft sich Orbán auf einen Mix von bürgerlichen, christlichen und nationalen Werten. Den ‚verderbten alten Eliten‘ stellt er – in populistischer Manier – die Nation und das ‚reine‘ Volk entgegen. In einem solchen System werden abweichende Meinungen oder Interessen nicht als legitimer Ausdruck gesellschaftlicher Pluralität, sondern als Bedrohung des Volkswillens und der nationalen Einheit gesehen. Orbán resümiert seinen Gedankengang: „Mit anderen Worten, die ungarische Nation ist nicht einfach eine bloße Ansammlung von Individuen, sondern eine Gemeinschaft, die organisiert, gestärkt, ja sogar aufgebaut werden muss. In diesem Sinne ist also der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat [...] Er verneint nicht die Grundwerte des Liberalismus, wie die Freiheit, und ich könnte noch weitere Beispiele nennen, macht aber diese Ideologie nicht zum zentralen Element der Staatsorganisation, sondern enthält einen von dieser abweichenden, eigenen, nationalen Denkansatz“ (Orbán 2014).

Attila Antal (2017) weist darauf hin, dass vor 2010 die populistischen Kräfte in der Opposition gewesen seien, aber danach die Ära des regierenden Populismus angebrochen sei. Die Politik des Fidesz und der KDNP zeichne sich durch die Monopolisierung der politischen Repräsentation und die Exklusion abweichender Gruppen und Positionen aus.

Insgesamt führe diese Variante des Populismus zu einer Repolitisierung des öffentlichen Lebens, was den Ausbau des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft und Gesellschaft erkläre. Die Regierung rechtfertigt ihre Tätigkeit damit, dass die starke Hand notwendig sei, um die Nation zu beschützen. Eine solche Politik wirkt plausibler, wenn sie auf glaubwürdige Bedrohungen hinweisen kann, die abgewehrt werden müssen. Aus diesem Grund ist das System auf die konstante Produktion von Feindbildern angewiesen, die dann bekämpft werden können. Gegner werden in einem polarisierenden Politikstil dämonisiert und delegitimiert. Letztlich liegt diesem Denken ein (Schmitt'sches) Freund-Feind-Politikverständnis zugrunde. Damit geht auch eine starke Personalisierung der Politik einher, die vor allem der Person des Ministerpräsidenten zugutekommt. András Köröseyi (2017) hat dieses System schon als „plebiszitäre Führerdemokratie“ bezeichnet.

Folgt man der Definition Jan Kubiks (2012) von Illiberalismus als einer politischen Option, die auf den Prinzipien des Populismus, des (organisatorischen) Antipluralismus und des ideologischen Monismus beruht, lässt sich die Politik der gegenwärtigen ungarischen Regierung zweifelsohne dieser Kategorie zuordnen. Durch die ständige Bezugnahme auf die Nation und konservative Werte sowie durch seine Kritik der korrupten, ‚liberalen‘ Eliten erweist sich Fidesz eindeutig als der Gruppe der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen zugehörig.

3. DAS THEMA MIGRATION

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten nach Europa ist seit 2010 gestiegen und kulminierte in der ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015. Die Zahl der Asylgesuche stieg von ungefähr 431.000 im Jahr 2013 auf ungefähr 1,3 Millionen im Jahr 2015 (Eurostat 12.10.2016). Ungarn, das an der sogenannten Balkanroute liegt, war eines der am stärksten betroffenen Länder. Im Jahr 2015 trafen fast 400.000 Migranten in Ungarn ein, und es wurden ungefähr 177.000 Asylgesuche gestellt (BMBAH 20.1.2017). Allerdings wurde Ungarn von den Migranten zumeist als Transitland gesehen, so dass die überwiegende Anzahl von ihnen nach Westeuropa weiterzog. Die Zahl ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger hat sich in Ungarn in den letzten Jahren nicht erhöht und lag auch im Jahr 2016 bei unter 1,7 % (Eurostat 2017). Da einige Mitgliedstaaten (Griechenland, Italien und Ungarn) durch die Ankunft von Flüchtlingen übermäßig belastet wurden, kam es in der EU zu einer Diskussion über Verteilungsregeln. Am 20. Juli 2015 beschloss der Rat der EU eine Neuansiedlung von 22.000 „Vertriebenen“ (Rat 20.07.2015). Darüber hinaus hat der Rat am 22. September 2015 per Mehrheitsbeschluss die Umsiedlung von 120.000 Flüchtlingen, die eindeutig internationalen Schutz benötigten, gemäß einer für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Quote beschlossen (Rat 22.09.2017). Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn stimmten gegen diesen Beschluss, während Finnland sich der Stimme

enthielt. In der Folge ging die Slowakei gerichtlich gegen diesen Beschluss vor und auch Ungarn schloss sich diesem Begehren an.

Vor dem Hintergrund der steigenden Flüchtlingszahlen und des Terroranschlags gegen Charlie Hebdo im Januar 2015 kam das Thema Migration auf die Agenda der ungarischen Politik. Das Thema erwies sich als ‚Glücksfall‘ für die Regierung. Ihre Popularität war nach den Wahlen in 2014 eingebrochen, und einige unpopuläre Maßnahmen hatten eine breite Protestwelle ausgelöst. Im Mai 2015 führte die ungarische Regierung dann eine sogenannte Nationale Konsultation zum Thema „Einwanderung und Terrorismus“ durch. Nationale Konsultationen sind politische Umfragen, mittels derer sich die Regierung an die Bevölkerung wendet, um deren Meinung zu bestimmten Themenbereichen zu eruiieren. Die Fragen werden von der Regierung formuliert und auch die Auswertung erfolgt durch die Administration. Überdies wird die Konsultation durch eine intensive Medienkampagne der Regierung begleitet. Generell sind die Fragen suggestiv gehalten und dienen weniger dem Dialog zwischen der Regierung und der Bevölkerung als der Mobilisierung und Stimmungsmache für die Regierung. Im Begleitbrief von 2015 begründet Premierminister Orbán die Durchführung der Nationalen Konsultation mit der gestiegenen Terrorgefahr in Europa und weist darauf hin, dass Wirtschaftsmigranten illegal nach Ungarn einreisen, sich als Flüchtlinge ausgäben und damit die Arbeitsplätze und den Wohlstand der ungarischen Bevölkerung gefährdeten.

Mit dieser Nationalen Konsultation war es der Regierung bereits vor dem Höhepunkt der ‚Flüchtlingskrise‘ im August/September 2015 gelungen, das Thema Migration auf die politische Agenda zu setzen und sich als eine harte Vertreterin ungarischer Interessen zu profilieren. Die Bevölkerung war dementsprechend für das Thema sensibilisiert.

Die gestiegene Zahl der Migranten und ihre unkontrollierte Durchreise durch Ungarn führten zu unhaltbaren Zuständen. Die Bilder der am Budapester Ostbahnhof kampierenden und nur mangelhaft versorgten Migranten prägten sich ins kollektive Bewusstsein ein. Migranten wurden – unterstützt durch die Berichterstattung in den staatlichen Medien – zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Die Regierung reagierte mit dem Bau eines Zauns an der Grenze zu Serbien und der Verabschiedung des sogenannten „rechtlichen Grenzzauns“, einem Maßnahmenpaket, das die Regeln für den Grenzschutz und die Migration verschärfte. Die explosive Situation wurde einerseits durch die Stärkung des Grenzschutzes (und längerfristig die Schließung der Balkanroute), andererseits durch die Weiterreise eines großen Teils der Migranten in westliche Staaten, insbesondere nach Deutschland, entschärft. Während der ‚Flüchtlingskrise‘ startete die Regie-

rung eine ‚Informationskampagne‘, die sich entlang der Migrationsrouten in Ungarn – auf Ungarisch (!) – an die Migranten richtete und sie dazu aufrief, sich an die Regeln in Ungarn zu halten, und unverblümt zum Ausdruck brachte, dass sie in Ungarn nicht willkommen seien. Das zeigt, dass die Kampagne auf das heimische Publikum und nicht auf die vorgeblichen Adressaten zielte. Die Zivilgesellschaft reagierte auf diese Plakatkampagne, indem sie ähnlich gestaltete Plakate aushängte, welche die Botschaft der Regierung parodierten.

Im Februar 2016 kündigte die Regierung an, dass sie ein Referendum⁷ über die Quotenregelung der EU zur Verteilung der Flüchtlinge abhalten werde. Abgestimmt werden sollte über die Frage „Wollen Sie, dass die Europäische Union auch ohne die Zustimmung des Ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nichtungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben kann?“. Bevor die offizielle Kampagne für das Referendum einsetzte, wurde das Feld durch die regierungsnahen Medien sowie eine gut orchestrierte ‚Informationskampagne‘ vorbereitet. Der Ministerpräsident äußerte sich zum Zweck des Referendums wie folgt: „Lasst uns Brüssel eine Antwort geben, die sie verstehen!“ (Miniszterelnöki Kabinettiroda 2016). Die Fragestellung stellte die – linke – Opposition vor ein Dilemma, weil auch ihre Anhängerschaft mehrheitlich die Quote ablehnte (Ipsos 11.08.2016). Wollte sie sich nicht dem Regierungslager anschließen oder für eine unpopuläre Position werben, musste sie sich für den Boykott des Referendums einsetzen. Dies war auch deshalb eine erfolgsversprechende Strategie, weil in Ungarn bei Volksabstimmungen ein 50 prozentiges Teilnahmekorum gilt. Wird dieses nicht erreicht, ist das Resultat der Volksabstimmung ungültig.

Bei der Abstimmung am 2. Oktober 2016 sprachen sich zwar 98,36 % der Wähler im Sinne der Regierung aus, aber aufgrund der niedrigen Teilnahme von 41,32 % wurde das erforderliche Quorum verfehlt. Damit war das Referendum ungültig. Alles in allem konnte die Regierung etwas mehr als 3,3 Millionen Wähler für ihre Sache mobilisieren, was ungefähr der kombinierten Stimmenzahl von Fidesz-KDNP und Jobbik in den Wahlen von 2014 entspricht. Die Referendumskampagne fand entlang der traditionellen Bruchlinien der ungarischen Politik statt (Pállinger 2016).

Im Frühjahr 2017 griff die Regierung die Thematik des Referendums erneut auf und führte eine Nationale Konsultation zum Thema „Stoppt Brüssel!“ (Állítsuk Meg Brüsszelt!) durch. Die Fragen waren so angelegt, dass sie im Konflikt mit der EU der ungarischen Regierung den Rücken stärken sollten. Insbesondere wurden auch die Tätigkeiten von NGOs, die sich für die Rechte von Migranten einsetzten, und die EU selbst ins Visier genommen (Domschitz 2017). Der Angriff auf die EU führte dazu, dass die Europäische Kommission eine Gegendarstellung veröffentlichte, in welcher sie die falschen Behauptungen der ungarischen Regierung richtigstellte (Europäische Kommission 2017). Die Kampagne hat zwar die positive Einstellung der Bevöl-

⁷ Im Unterschied zur Nationalen Konsultation handelt es sich beim Referendum um ein gesetzlich geregeltes, formalisiertes Instrument der direkten Volksbeteiligung, die auf die verbindliche Entscheidung politischer Fragen abzielt.

kerung gegenüber der EU nicht beeinflusst, aber der Regierung ist es gelungen, sich als Beschützerin ungarischer Interessen zu präsentieren und das Thema Migration und Abwehr gegen Einflüsse von außen am Kochen zu halten. Im Hinblick auf die Wahlen im Frühjahr 2018 wurde schließlich im Herbst eine weitere Nationale Konsultation zum Thema „Über den Soros-Plan. Bringen wir es zur Sprache“ (A Soros-Tervről. Ne hagyjuk szó nélkül) durchgeführt. Im Fragebogen wurde behauptet, dass der ungarischstämmige amerikanische Milliardär George Soros den Plan verfolge, die Grenzen Europas niederzureißen und mehr als 1 Million Migranten aus Afrika und dem Mittleren Osten in Europa (und so auch in Ungarn) anzusiedeln. Im Sinne der besseren Integration der Migranten solle zudem die europäische Kultur in den Hintergrund gedrängt werden (Miniszterelnöki Kabinetiroda 2017). Die begleitende Informationskampagne der Regierung stellte Soros als Mastermind einer umfassenden Verschwörung gegen Europa und insbesondere Ungarn dar. Sie schreckte dabei auch nicht davor zurück, Soros mit latent antisemitischen Unterstellungen („kosmopolitischer Kapitalist“) zu diskreditieren. Damit konnte die Regierung die Mobilisierung des eigenen Lagers auf einem hohen Niveau bewahren. Als Folge der Nationalen Konsultation hat die Regierung ein „Stop Soros Gesetzespaket“ (Stop Soros Törvénycsomag) ausgearbeitet, welches verschiedene Maßnahmen vorsieht, um die ungarische Bürgerschaft und die ungarische Kultur zu beschützen. Insbesondere sollen NGOs, die vorgeblich die Migration förderten, registriert und überwacht werden. Darüber hinaus müssen sie für ausländische Spenden eine Strafgebühr von 25 % bezahlen, deren Erträge für den Grenzschutz eingesetzt werden sollen (Miniszterelnöki Kabinetiroda 2018). Die Regierung hat das Gesetzespaket nach einer breit angelegten Konsultation in das Parlament eingebracht, aber dessen Verabschiedung auf einen Termin nach den Wahlen verschoben, weil verschiedene Teile dieses Pakets eine Zweidrittelmehrheit erfordern.

Das Thema Migration hat sich für die ungarische Regierung als ein ‚Glücksfall‘ erwiesen. Obwohl der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung verschwindend klein ist, machte die Krise von 2015 die Problematik der Migration für alle sichtbar. Der von der Fidesz-KDNP gepflegte illiberale Populismus basiert ohnehin auf einer antagonistischen Politikauffassung, welche die Freund-Feind-Unterscheidung ins Zentrum stellt. Die Kampagne konnte an bestehende Ängste in jenen Teilen der Bevölkerung anknüpfen, die das ungarische Volk und die ungarische Kultur als bedroht ansehen. Darüber hinaus war die Regierung auch darin erfolgreich, einen Wohlstandschauvinismus zu schüren, indem sie die Gefahren, die angeblich von der Migration für den in den letzten Jahren erarbeiteten Wohlstand ausgehen, herausstellt. Die enge Verflechtung der von Migration und Sicherheit verschaffte der Regierung schließlich die Legitimation für ein hartes Auftreten.

4. DIE WAHLEN 2018

4.1 DIE WAHLKAMPAGNE

Die Wahlkampagne beginnt in Ungarn offiziell 50 Tage vor dem vom Staatspräsidenten bekannt gegebenen Wahltermin, im Jahr 2018 also Mitte Februar. Die Kampagne wurde durch die Kommunikation der Regierung dominiert. Diese verfolgte eine monothematische Strategie, in der das Thema Migration im Mittelpunkt stand – eingebettet in ein von Fidesz-KDNP langfristig entwickeltes Narrativ. Danach sind die Identität und Souveränität der ungarischen Nation durch verschiedene Faktoren bedroht. Der Schutz der christlichen Identität und Kultur sowie der nationalen Souveränität sind entsprechend die wichtigsten Aufgaben der Regierung. Bereits im Jahr 2010 richtete sich der „Freiheitskampf“ der Regierung gegen den Internationalen Währungsfonds und die Europäische Kommission, die mit dem schlichten Etikett „Brüssel“ versehen wurde. Seit dem Höhepunkt der ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015 stehen islamische Migranten als zentrale Bedrohung im Mittelpunkt. Im Jahr 2017 wurde der ungarischstämmige Finanzinvestor und in den USA lebende Milliardär George Soros, der mit seinen Stiftungen den Aufbau offener Gesellschaften fördert und eine Reihe von



Abbildung 1: Wahlplakat Fidesz
(Übersetzung: Lasst uns die Kandidaten von Soros stoppen!). Das Plakat zeigt eine Fotomontage in der George Soros von den Spitzenkandidaten der Opposition umgeben ist. Die sich in ihren Händen befindenden Zangen sollen darauf verweisen, dass sie gemeinsam den Abbau der Grenzanlagen planen. (Quelle: Ellen Bos)

regierungskritischen NGOs unterstützt, zum zentralen Feind Ungarns aufgebaut. Während der Wahlkampagne wurde dann auch noch die UNO als weiterer Akteur ausgemacht, der Ungarn dazu zwingen wolle, kontinuierlich Migranten aufzunehmen. Der Kreis der Feinde wurde außerdem durch mit Soros verbundene „einheimische Agenten“ wie das vorgebliche „Soros-Netzwerk“, „Soros-Söldner“ und „Soros-Kandidaten“ erweitert. Schlüsselworte der Kommunikation waren Schlacht, Krieg, Kampf, Fremde, Gefahr, Soros, illegale Migration, Grenzschließung, Schutz und Verteidigung.

Im Wahlkampf wurde letztlich alles zu einer sehr einfachen Botschaft zugespitzt: Akteure wie die Europäische Union, die Vereinten Nationen und der US-Milliardär George Soros mit seinem Netzwerk würden das Ziel verfolgen, Flüchtlinge dauerhaft in Ungarn anzusiedeln und damit das Land zu destabilisieren. Fidesz schürte mit dieser Kampagne vor allem die Angst, Ungarn werde seine christliche Identität aufgeben müssen. Dies wurde verbunden mit der Aussage, dass nur Fidesz das Land und das bisher erreichte Wohlstandsniveau beschützen könne.

Diese Strategie der Angst hat verfangen. Orbán ist es gelungen, sich zum alleinigen Beschützer vor der Zuwanderung zu stilisieren. Die Kandidaten der Opposition wurden dagegen alle als die Kandidaten von George Soros disqualifiziert, die angeblich das Ziel verfolgten, das von der Regierung aufgebaute System zur Sicherung der ungarischen Grenzen wieder abzubauen, die Migranten ins Land zu holen und Ungarn zu einem Einwanderungsland zu machen (vgl. Abb. 1). Einen der Gründe, warum diese Strategie so erfolgreich sein konnte, findet man in der ungarischen Geschichte. Ungarn war oft fremdbestimmt. Die Angst, nicht selbst über sein Schicksal entscheiden zu können, ist deshalb bei vielen Menschen tief verwurzelt. Außerdem befindet sich Ungarn in der Peripherie der Europäischen Union. Es ist ein kleines Land, das nicht nur geographisch eher am Rande der Union liegt. Auch das prägt die Wahrnehmung vieler Ungarn. Sie haben den Eindruck, innerhalb der EU inhaltlich nur wenig Einfluss nehmen zu können.

Der Opposition ist es nicht gelungen, der Kampagne der Regierungsparteien ein eigenes Narrativ entgegenzusetzen. Die Versuche, alternative Themen – wie die Missstände im Gesundheits- und Bildungssystem sowie die verbreitete Korruption – auf die Agenda des Wahlkampfes zu setzen, hatten keinen Erfolg. Auch von der nach den Bürgermeisterwahlen von Hódmezővásárhely veränderten Dynamik konnte sie offensichtlich kaum profitieren. Anders als Fidesz-KDNP konnte sie auf dem Land keine zusätzlichen Wähler mobilisieren. Die Opposition konnte keine einheitliche Strategie entwickeln.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums trat Jobbik an, auf der linken Seite fanden sich eine Vielzahl von Akteuren. Neben MSZP-P traten hier noch die DK, die Partei „Gemeinsam für einen Epochenwandel“ (Együtt – a Korszakváltók Pártja), die

LMP, die Momentum-Bewegung (Momentum Mozgalom) und die Ungarische Zweischwänzige Hundepartei (Magyar Kétfarkú Kutyaipart, MKKP) an. Bei den Wahlen traten außerdem auch in diesem Jahr eine Reihe von sogenannten Fake-Parteien (kamupartok) an, welche keine politischen Ziele verfolgen, sondern nur von der staatlichen Wahlkampffinanzierung profitieren wollten. Geschadet hat der Opposition sicher, dass es in ihrer Kommunikation sehr stark um die Frage ging, ob und wenn ja mit wem man zusammenarbeiten sollte, wer den besseren Kandidaten bzw. die bessere Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten hatte. Ihre spezifischen inhaltlichen Schwerpunkte wurden in der öffentlichen Diskussion kaum wahrgenommen.

Die Rhetorik ist im Verlauf des Wahlkampfes auf allen Seiten immer radikaler geworden. So hat etwa Viktor Orbán in seiner Rede zum Jahrestag der 1848er Revolution am 15. März 2018 angekündigt, man werde sich nach den Wahlen Genugtuung verschaffen, und zwar im moralischen, politischen und rechtlichen Sinne (vgl. Orbán 2018). Dies haben Vertreter der Opposition und kritischer NGOs als explizite Drohung empfunden. Insgesamt haben sich die politische Polarisierung sowie die Spaltung zwischen der Hauptstadt und dem Rest des Landes weiter verstärkt.

4.2 DIE WAHLERGEBNISSE⁸

Zu den Wahlen zugelassen wurden 23 Parteilisten und 1.643 Kandidaten in den 106 Einerwahlkreisen. Von den antretenden Parteien hatten allerdings die meisten keine realistische Chance, den Einzug ins Parlament zu schaffen. Tatsächlich gelang es dann auch nur fünf Parteien bzw. Parteienbündnissen, die Fünf- bzw. Zehn-Prozent-Hürde zu überwinden.

Wahlberechtigt waren insgesamt 8.312.264 Wähler. Darunter waren auch mehr als 435.000 im Ausland lebende Ungarn. Von den ungarischen Staatsbürgern ohne Wohnsitz in Ungarn hatten sich im Vorfeld der Wahl 378.449 registriert. Das waren knapp 200.000 mehr als vier Jahre zuvor. Eingegangen sind schließlich 224.564 gültige Briefwahlstimmen, 2014 waren es 128.429. Zur Wahl in den ungarischen Botschaften und Konsulaten hatten sich 58.320 Personen registriert. Das waren ebenfalls deutlich mehr als vier Jahre zuvor, als sich 28.161 zur Wahl angemeldet hatten. Die insgesamt höhere Mobilisierung der Wähler führte zu einer sehr hohen Wahlbeteiligung. Bei der Auszählung von 99,99 % der Stimmen wurde diese vom Nationalen Wahlbüro mit 70,22 %

	Listenmandate	Direktmandate	Mandate	
			Total	%
Fidesz-KDNP	42	91	133	66,83
Jobbik	25	1	26	13,07
MSZP-P	12	8	20	10,05
LMP	7	1	8	4,02
DK	6	3	9	4,52
Sonstige	1	2	3	
Gesamt	93	106	199	

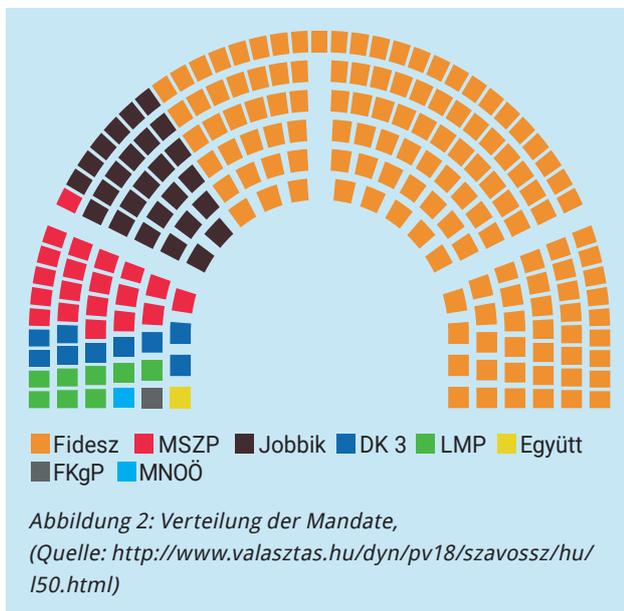
Tabelle 1: Mandatsverteilung (Quelle: www.valasztas.hu)

⁸ Falls nicht anders angegeben, sind die Daten der Homepage des Nationalen Wahlbüros entnommen. Diese ist verfügbar unter: <http://www.valasztas.hu/dyn/pv18/szavossz/hu/start.html>.

Parteien	Listenstimmen (Inland)		Briefwahl		Listenstimmen (gesamt)		Kompensationsstimmen	Listenstimmen (Parlamentsparteien)	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%		Total	%
Fidesz-KDNP	2.608.086	47,36	216.120	96,24	2.824.206	49,27	1.218.518	4.042.724	45,8
Jobbik	1.090.616	19,8	2.053	0,91	1.092.669	19,06	1.258.300	2.350.969	26,6
MSZP-P	681.358	12,37	1.244	0,55	682.602	11,91	454.910	1.137.512	12,9
LMP	402.346	7,31	2.079	0,93	404.425	7,06	292.699	697.124	7,9
DK	307.401	5,58	667	0,3	308.068	5,37	290.786	598.854	6,8

Tabelle 2: Ergebnisse Listenwahl (Quelle: www.valasztas.hu)

angegeben. Das ist die zweithöchste seit dem Systemwechsel verzeichnete Wahlbeteiligung in Ungarn. Nur im Jahr 2002 hatte sie mit 70,53 % noch etwas höher gelegen. Eine besonders hohe Steigerung der Wahlbeteiligung war in den Dörfern zu verzeichnen. Das bedeutet, dass fast 700.000 mehr Wähler als 2014 an den Wahlen teilgenommen haben.



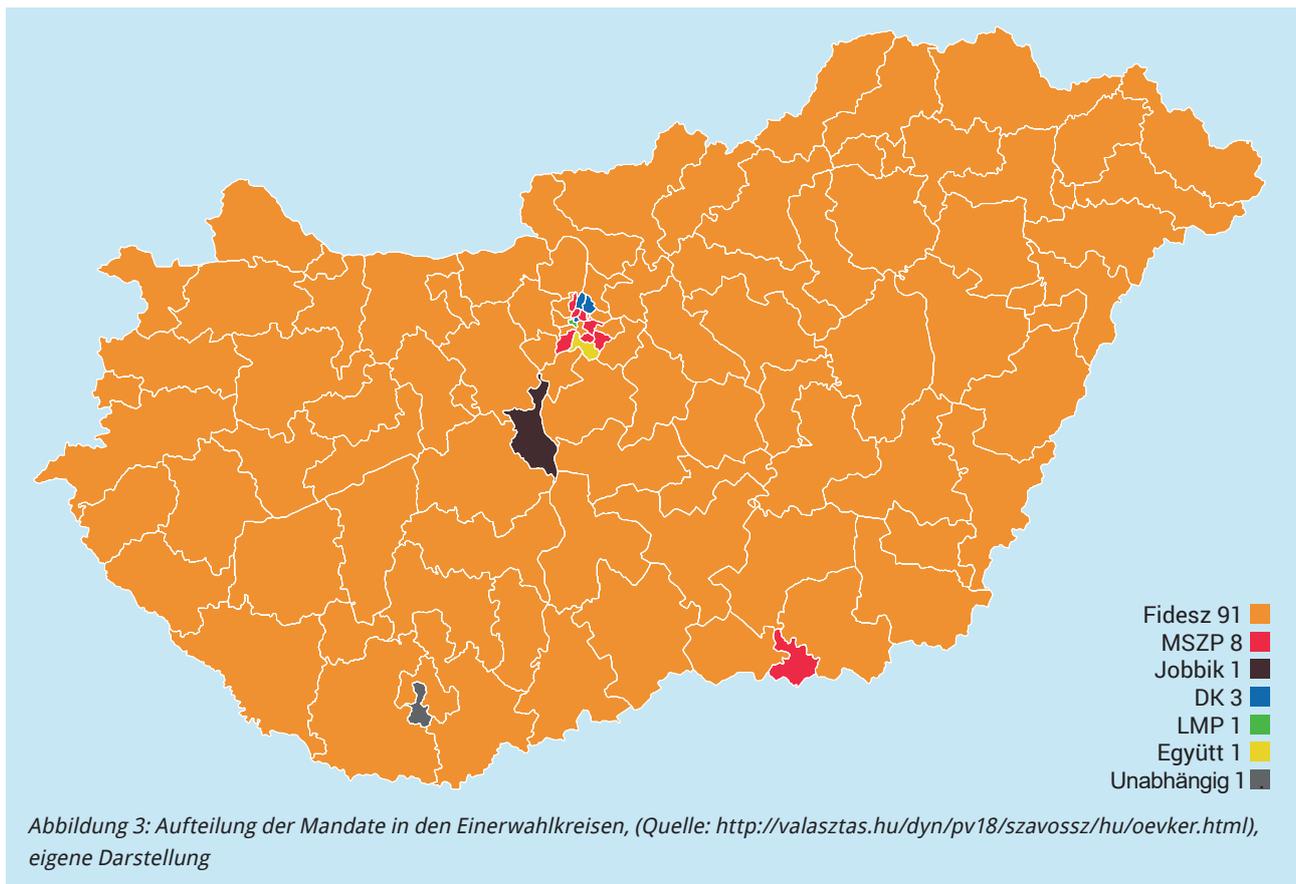
Als klarer Wahlsieger ging Fidesz-KDNP aus den Wahlen hervor. Mit 49,28 % der Listenstimmen und 91 der 106 Direktmandate konnte sich das seit 2010 regierende Parteienbündnis mit 133 Mandaten erneut eine Zweidrittelmehrheit im Parlament sichern (vgl. Abb. 2). Von den eingegangenen gültigen Briefwahlstimmen entfielen sogar 216.120 auf Fidesz-KDNP, was einem Anteil von 96,24 % entspricht (vgl. Tab. 2). Auch 2014 hatten Fidesz-KDNP 95,49 % dieser Stimmen auf sich vereinigen können, was ihnen damals ein bis zwei zusätzliche Mandate und damit die Zweidrittelmehrheit eingebracht hatte. Grundlage für den Wahlsieg war vor allem, dass Fidesz-KDNP ihre Wähler auf dem Land mobilisieren und dort auch ihre Wählerbasis ausbauen konnten. Dies gelang in der Hauptstadt nicht in gleichem Ausmaß. Auch wenn sie in Budapest nach den Listenstimmen die stärkste Partei wurde, erreichte sie hier nur 34 %. Im Vergleich zu den anderen Altersgruppen unterdurchschnittlichen Erfolg hatte Fidesz-KDNP auch bei den unter 30jährigen Wählern. Hier konnten ebenfalls nur 37 % erzielt werden. Überdurchschnittlich gewinnen konnte Fidesz-KDNP

dagegen bei den weniger Gebildeten und in den am wenigsten entwickelten Teilen des Landes (Szegénység és falvak, 2018). Fidesz-KDNP profitierte am stärksten von der gestiegenen Wahlbeteiligung. Im Vergleich zu 2014 konnten sie etwa 500.000 zusätzliche Wähler gewinnen. Außerdem gelang es Fidesz zum fünften Mal, mehr als zwei Millionen Stimmen zu erreichen. Das heißt, dass die Partei in den letzten 16 Jahren durchgängig auf eine sichere Wählerbasis von über zwei Millionen Wählern zählen konnte.

Das zweitbeste Ergebnis bei den Wahlen erreichte Jobbik, die 19,06 % der Listenstimmen erhielt. Auch wenn Jobbik eine im Vergleich zu 2014 größere Zahl an Wählerstimmen verbuchen kann, liegt der prozentuale Anteil etwas niedriger. Zu den 25 Listenmandaten kommt allerdings nur ein direkt gewählter Abgeordneter (vgl. Tab. 1 u. 2). Die von Parteichef Gábor Vona durchgesetzte Veränderung der Programmatik in Richtung politische Mitte, die Jobbik zu einer modernen konservativen Volkspartei machen soll, hat also nicht zu größerem Erfolg geführt. Die meisten Wähler konnte Jobbik bei den jüngeren Wählern und auf dem Land erreichen.

Auf dem dritten Platz landete die Listenverbindung MSZP-P, die 11,91 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Für die Sozialistische Partei ist das das zweitschlechteste Wahlergebnis nach dem Systemwechsel. Die Schwäche der MSZP ist auch auf innerparteiliche Konflikte und Flügelkämpfe zurückzuführen. Diese hatten Anfang Oktober 2017 dazu geführt, dass ihr Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, László Botka, seinen Rücktritt erklärte. So stand die MSZP kurz vor den Wahlen ohne Spitzenkandidat da. An der Spitze der MSZP-P trat schließlich der Ko-Vorsitzende des sehr viel kleineren Bündnispartners, Gergely Karácsony, an. Insgesamt kommt das Parteienbündnis mit 12 Listenmandaten und zusätzlich acht erfolgreichen Direktkandidaten auf 20 Mandate (vgl. Tab. 1 u. 2).

Den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafften schließlich noch die grün-liberale LMP und die DK des früheren Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány. LMP erreichte 7,06 % der Listenstimmen und konnte sich damit verbessern. 2014 hatte die Partei nur 5,34 % der Stimmen bekommen. Betrachtet man die absolute Zahl der Wählerstimmen, waren die Wahlen von 2018 sogar ihr bisher größter Erfolg. Mit sieben Listenmandaten und einem Direktkandidaten kommt sie insgesamt auf acht Mandate. Die DK bekam zwar nur 5,37 % der Listenstimmen, aber zusätzlich noch drei Direktmandate, was zusammen neun Mandate ergibt. Hinzu kommen noch ein Abgeordneter der Partei Együtt und ein unabhängiger Abgeordneter, die ihre Wahlkreise



für sich entscheiden konnten, sowie ein Abgeordneter der Deutschen Minderheit (Imre Ritter). Da es sich bei Ritter um einen früher für Fidesz aktiven Politiker handelt, ist zu erwarten, dass er in der Regel mit den Regierungsparteien stimmen und so die knappe Zweidrittelmehrheit stärken wird (vgl. Tab. 1 u. 2).

MSZP-P und DK haben im Vergleich die älteste Wählerschaft. Außerdem erzielen sie überdurchschnittliche Erfolge nur in Budapest. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass sie mit Ausnahme von einem Wahlkreis in Szeged ihre Direktkandidaten nur in der Hauptstadt durchbringen konnten.

4.3 ANALYSE DER ERGEBNISSE

Bei den Wahlen am 8. April 2018 ist die Regierung zum zweiten Mal in Folge im Amt bestätigt worden. Zum dritten Mal ist es Fidesz-KDNP gelungen, eine Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen. Wie ist dies zu erklären? Zum einen ist auf die bereits erwähnte erfolgreiche Kommunikationsstrategie zu verweisen. Die Botschaft in der Wahlkampagne war einfach und klar. Auf ein Wahlprogramm mit konkreten Plänen für die nächste Legislaturperiode wurde bewusst verzichtet. Hier reichte das Motto „Für uns kommt Ungarn zuerst!“ (Nekünk Magyarország az első!). Das der Kampagne zugrundeliegende Narrativ wurde über Jahre aufgebaut und konsequent kommuniziert (vgl. 4.1).

Wichtige Grundlage für den Erfolg der Kommunikation waren zweifellos aber auch die ungleich verteilten Ressourcen zwischen Regierung und Opposition. Die Regierung hat nicht nur die Kontrolle über einen

großen Teil des Mediensystems, sondern konnte auch staatliche Ressourcen einsetzen. So wurden etwa die Botschaften und Konsulate angewiesen, negative Ereignisse mit Migration und nicht gelungener Integration nach Budapest zu melden (Pándi 2018). Außerdem wurde die Parteikampagne von Fidesz-KDNP durch thematisch abgestimmte Plakatserien begleitet, die aber als Regierungsinformation gekennzeichnet wurden und entsprechend aus staatlichen Mitteln finanziert werden konnten (vgl. Abb. 4).



Die OSZE hat in ihrem vorläufigen Wahlbericht diese Vermischung von staatlichen Ressourcen und Parteimitteln kritisiert: „The ubiquitous overlap between government information and ruling coalition campaigns, and other

abuses of administrative resources, blurred the line between state and party, at odds with OSCE commitments.“ (OSCE 2018b). Die Verfügungsgewalt über staatliche Ressourcen wurde von der Regierung auch genutzt, um Wahlgeschenke (z. B. Gutscheine in Höhe von 10.000 HUF für Rentner, einmalige Reduktion der Heizkostenabrechnung um 12.000 HUF) zu verteilen.

Ein weiterer Grund für das gute Abschneiden der Regierung ist aber sicher auch die in den beiden letzten Legislaturperioden gelungene Stabilisierung des Landes und die positive Wirtschaftsentwicklung, die sich auch in einem verstärkten Wirtschaftswachstum, deutlich gestiegenen Löhnen und einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote niedergeschlagen hat. Insgesamt nimmt ein größerer Teil der Bevölkerung diese Entwicklung als kontinuierliche Steigerung des Reallohns wahr. Bestehende Probleme im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie das Problem der Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Ungarn schlugen offensichtlich vor diesem Hintergrund nicht so stark zu Buche. Auch die zahlreichen Berichte über Korruptionsaffären, in die Mitglieder und Anhänger der Regierung verwickelt sein sollen, haben die starke Zustimmung zur Regierungspolitik kaum beeinträchtigen können.

Schließlich ist zu betonen, dass die Fragmentierung der Opposition und deren Unfähigkeit zur Koordination und zur Entwicklung einer glaubwürdigen Alternative ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für den großen Erfolg der Regierungsparteien war. Eine landesweite Absprache über die Kandidaten gab es nur zwischen MSZP-P und DK, deren Kandidaten in keinem Einerwahlkreis gegeneinander antraten. Alle Initiativen, eine solche Koordination flächendeckend zwischen allen Oppositionsparteien zu organisieren, waren fehlgeschlagen. Insbesondere Jobbik und LMP lehnten es ab, sich daran zu beteiligen. So gab es nur ganz wenige Wahlkreise, in denen die Oppositionsparteien durch taktische Rücktritte von Kandidaten ihre Chancen gegen die Kandidaten von Fidesz-KDNP erhöhen konnte. In Budapest, wo die Opposition 12 der 18 Direktmandate gewann (vgl. Abb. 5), hätte sie durch den gezielten Rückzug von Kandidaten auch in den restlichen sechs Wahlkreisen realistische Chancen auf den Sieg gehabt.

Darüber hinaus haben die Oppositionsparteien es mit Ausnahme von Jobbik in den vergangenen Jahren versäumt, Organisationsstrukturen auf dem Land aufzubauen. Bezeichnend hierfür ist, dass sie in zahlreichen ländlichen Wahlkreisen nicht dazu in der Lage waren, Vertreter in die Wahlkommissionen zu delegieren. Der Erfolg von Fidesz ist maßgeblich auf den nach seiner Wahlniederlage im Jahr 2002 betriebenen systematischen Aufbau von Organisationsstrukturen auf dem Land und ihre flächendeckende Präsenz auch in den Dörfern zurückzuführen. Außerdem hat Fidesz aktiv den Aufbau lokaler Gemeinschaften und die Pflege lokaler Traditionen unterstützt.



5. AUSBLICK

Die Regierungsbildung wird sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse einfach gestalten. Viktor Orbán hat allerdings auf einer Pressekonferenz kurz nach den Wahlen angekündigt, dass er sich für die Bildung der neuen Regierung vier bis fünf Wochen Zeit nehmen wird. Schon jetzt steht fest, dass es umfangreiche personelle und organisatorische Veränderungen geben wird. Orbán begründet dies damit, dass die alte Regierung ihre Aufgaben erfüllt habe und deshalb ihre Arbeit beenden könne. In der neuen Regierung würden deshalb überwiegend neue Mitglieder zu finden sein. Auch der Zuschnitt und die Zahl der Ministerien wird sich voraussichtlich ändern. Wie schon nach den Wahlen von 2014 wird es also trotz der Bestätigung der Regierung erneut zu einem umfangreichen personellen Revirement kommen. Schon jetzt gilt als sicher, dass einige herausragende Persönlichkeiten der alten Regierung – wie Zoltán Balog und János Lázár – dem neuen Kabinett nicht mehr angehören werden.

Orbán erklärte, dass die Bewältigung der demografischen Herausforderung im Mittelpunkt der zukünftigen Regierungstätigkeit stehen werde. Dabei wird die Familienpolitik eine hervorgehobene Rolle spielen. Das könnte auch dazu führen, dass anders als in den beiden vergangenen Legislaturperioden eine Frau an die Spitze eines Ministeriums gelangen könnte.

Es wurde bereits angekündigt, dass das noch kurz vor Ende der vorherigen Legislaturperiode ins Parlament eingebrachte „Anti-Soros-Gesetz“ noch im Mai 2018 verabschiedet wird. Dies würde weitere Einschränkungen für die Arbeit kritischer NGOs nach sich ziehen. Überhaupt ist zu erwarten, dass die Regierung ihre Zweidrittelmehrheit nutzen wird, um ihre Position in der Auseinandersetzung

zung über die Migrationspolitik innerhalb der EU durch eine Anpassung der Verfassung abzusichern. Auch weitere Veränderungen im Mediensystem können nicht ausgeschlossen werden. Erste Verschiebungen wurden bereits durch die Einstellung von zwei oppositionellen Medien – der Tageszeitung Magyar Nemzet und des Radiosenders Lánchíd Rádió – eingeleitet. Der Eigentümer der beiden Medien, der bis 2015 eng mit Fidesz verbundene Unternehmer Lajos Simicska, hatte nach dem Bruch mit Viktor Orbán mit seinen Medien auf die Seite der Opposition gewechselt und vor allem Jobbik unterstützt. Nach dem erneuten klaren Sieg der Regierungsparteien verkündete er überraschend, dass er Magyar Nemzet und Lánchíd Rádió aus wirtschaftlichen Gründen mit sofortiger Wirkung einstellen werde. Auch die Zukunft seines Fernsehsenders Hír TV ist ungewiss.

Die Niederlage hat die Oppositionsparteien weiter geschwächt. Dies hat sich noch am Wahlabend in der Ankündigung von Rücktritten niedergeschlagen. In der ersten Woche nach der Wahl sind der Vorsitzende von Jobbik, Gábor Vona, der gesamte Vorstand der MSZP und der Ko-Vorsitzende der LMP, Ákos Hadházy, zurückgetreten. Vona hat sogar seinen vollständigen Rückzug aus der Politik vollzogen und wird sein Parlamentsmandat nicht antreten. In der LMP und bei Jobbik sind heftige Flügelkämpfe ausgebrochen. Die Partei Együtt wird sich voraussichtlich auflösen. Die große Herausforderung der Opposition besteht darin, sich grundlegend neu aufzustellen. Im Nachhinein hat das Wahlergebnis das Bonmot von Viktor Orbán bestätigt, dass keine Wechselstimmung im Hinblick auf die Regierung, sondern vielmehr bezogen auf die Opposition vorherrsche.

Fidesz kann das Wahlergebnis mit einer gewissen Berechtigung als Legitimierung des nach 2010 eingeleiteten Wandels interpretieren und die Politik des Ausbaus des illiberalen Staats fortsetzen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die Frage der ungarischen Demokratieentwicklung auf der europäischen Tagesordnung bleibt.

LITERATURVERZEICHNIS

Antal, Attila 2017: The Political Theories, Preconditions and Dangers of the Governing Populism in Hungary. In: *Politologický Casopis*, Jg. 24, Nr. 1, S. 5-20.

Nézőpont Intézet 2018: Az 5 legfontosabb tény az országgyűlési választásokról. Verfügar unter: <http://www.nezopontintezet.hu/analysis/az-5-legfontosabb-teny-az-orszaggyulesi-valasztasokrol/> (letzter Zugriff: 17.4.2018).

Bevándorlási és Menekültügyi Hivatal 20.1.2017: Kiadványfüzet 2015 - 2016. Verfügar unter: http://www.bmbah.hu/index.php?option=com_k2&view=item&layout=item&id=177&Itemid=965&lang=hu (letzter Zugriff: 17.04.2018).

Biro-Nagy, Andras 2018: Why Orban Won. Explaining Fidesz's Dominance in Hungary, in: *Foreign Affairs* v. 10.4.2018.

Bos, Ellen 2011: Ungarn unter Spannung. Zur Tektonik des politischen Systems, in: *Osteuropa*, 61. Jg., H. 12, S. 39-63.

Dezső, András 16.04.2018: A Fidesz ellenében megcsinálta azt a munkát, amit a baloldal soha. Verfügar unter: https://index.hu/belfold/2018/valasztas/2018/04/16/a_fidesz_ellenekben_megcsinalta_azt_a_munkat_amit_a_baloldal_nem/ (letzter Zugriff: 16.4.2018).

Dieringer, Jürgen 2009: Das politische System der Republik Ungarn. Entstehung – Entwicklung – Europäisierung, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, MI.

Eurostat 12.10.2016: Asylum statistics. Verfügar unter: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics#Further_Eurostat_information (letzter Zugriff: 17.04.2018).

Eurostat 2017: Schlüsseldaten über Europa. Ausgabe 2017. Brüssel, Europäische Union.

Hegedűs, Dániel 2017: Manipulation und Scheinteilnahme. Die „Nationalen Konsultationen“ der Fidesz-Regierung 2017, FES Analyse. Verfügar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/13634.pdf> (letzter Zugriff: 16.4.2018).

Hegedűs, Dániel 2018: A Win for Populist Paternalism, in: *The American Interest*. Verfügar unter: <https://www.the-american-interest.com/2018/04/10/win-populist-paternalism/> (letzter Zugriff: 16.4.2018).

Körösényi, András 2017: Weber és az Orbán-rezsim: plebisciter vezérdemokrácia Magyarországon. In: *Politkatudományi Szemle*, Jg. XXVI, Nr. 4, S. 7-28.

Kubik, Jan (2012): Illiberal Challenge to Liberal Democracy. The Case of Poland. In: *Taiwan Journal of Democracy*, Jg. 8, Nr. 2, S. 1-11

Magyarország Alaptörvénye in: *Magyar Közlöny*, Nr. 43 vom 25. April 2011.

Miniszterelnöki Kabinetiroda 2018: Sokkal nehezebb lesz Magyarországon bevándorlást szervezni, támogatni és finanszírozni, 20.02.2018, verfügar unter: <http://www.kormany.hu/hu/miniszterelnoki-kabinetiroda/kormanyzati-kommunikacioert-felelos-allamtitkar/hirek/sokkal-nehezebb-lesz-magyarorszagon-bevandorlast-szervezni-tamogatni-es-finanszirozni> (letzter Zugriff: 1.5.2018).

Orbán, Viktor 2002: Meg fogjuk védeni, amit közösen létrehoztunk. Orbán Viktor miniszterelnök beszéde a budai Várban, a polgári összefogás nagygyűlésén. Verfügar unter: https://mno.hu/migr_1834/meg-fogjuk-vedeni-amit-kozosen-letrehoztunk-782132 (letzter Zugriff: 16.04.2018).

Orbán, Viktor 2009: Megőrizni a létezés magyar minőségét - Orbán kötcsei beszéde szóról szóra. Verfügar unter: <http://www.hirextra.hu/2010/02/18/megorizni-a-letezes-magyar-minoseget-orban-kotcsei-beszede-szorol-szora/> (letzter Zugriff: 16.04.2018).

Orbán, Viktor 2014: Viktor Orbán's Rede auf der 25. Freien Sommeruniversität in Băile Tuşnad (Rumänien) am 26. Juli 2014. Verfügar unter: <https://pusztaranger.wordpress.com/2014/08/01/viktor-orbans-rede-auf-der-25-freien-sommeruniversitat-in-baile-tusnad-rumanien-am-26-juli-2014/> (letzter Zugriff: 18.04.2018).

Orbán, Viktor 2018: Orbán Viktor ünnepi beszéde az 1848/49. évi forradalom és szabadságharc 170. Évfordulóján 2018. március 15. Verfügar unter: <http://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-unnepi-beszede-az-1848-49-evi-forradalom-es-szabadsagharc-170-evfordulojan> (letzter Zugriff: 17.4.2018).

Országgyűlés 2010: Az Országgyűlés 1/2010. (VI. 16.) OGY politikai nyilatkozata a Nemzeti Együttműködésről. In: *Magyar Közlöny*, Nr. 103, S. 21481.

OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights Limited Election Observation Mission Hungary 2018a: Interim Report v. 29 March. Verfügar unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/hungary/376639?download=true> (letzter Zugriff: 17.4.2018).

OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights Limited Election Observation Mission Hungary 2018b: Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Verfügar unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/hungary/377410?download=true> (letzter Zugriff: 17.4.2018).

Pállinger, Zoltán Tibor 2012: Citizens' Initiatives in Hungary: An Additional Opportunity for Power-Sharing in an Extremely Majoritarian System. In: Setälä, Maija und Schiller, Theo. (Hrsg.): Citizens' Initiatives in Europe. Procedures and Consequences of Agenda-Setting by Citizens. Palgrave Macmillan, Houndmills, Basingstoke, S. 113-133.

Pándi, Balázs 2018: Telegraph: Levélben kért menekülteket lejárató anyagokat a magyar nagykövetektől a külügyi államtitkár. Verfügbár unter: https://index.hu/belfold/2018/valasztas/2018/04/07/kulugy_allamtitkar_lejaratas_level_kovetsegek/ (letzter Zugriff: 9.4.2018).

Political Capital 2018: A fiatalok között a leggyengébb a Fidesz, Political Capital, 2018.

Rat (Justiz und Inneres) 20.07.2015: Wichtige Ergebnisse. Verfügbár unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2015/07/20/> (letzter Zugriff: 17.04.2017).

Rat (Justiz und Inneres) 22.09.2015: Wichtige Ergebnisse. Verfügbár unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2015/09/22/> (letzter Zugriff: 17.04.2017).

Renwick, Alan 2012: Im Interesse der Macht. Ungarns neues Wahlsystem, in: Osteuropa, 62. Jg., H. 5, S. 3-17.

Stop Soros Törvénycsomag, verfügbár unter: <http://www.kormany.hu/download/c/9a/41000/STOP%20SOROS%20T%C3%96RV%C3%89NYCSOMAG.pdf> (letzter Zugriff: 1.05.2018).

Index 2018: Szegénység és falvak: innen jön a Fidesz-kétharmad. Verfügbár unter: https://index.hu/belfold/2018/valasztas/2018/04/10/orszagszakadas_amig_a_fidesz_elkiszgaszdasodni_a_baloldal_kinyirta_magat_videken/ (letzter Zugriff: 10.4.2018).

Tóth, Csaba 2015: Választási rendszer, in: Körösnéyi, András (Hrsg.): A Magyar politikai rendszer – negyedszázad után, Osiris, Budapest, S. 231-248.

Tóth, Csaba 2017: Választási rendszer és választások 2014-ben, in: Boda Zsolt und Szabó, András (Hrsg.): Trendek a Magyar politikában – 2. A Fidesz és a többiek: pártok, mozgalmak, politikák, Napvilág Kiadó, Budapest, S. 43-60.

Tóth, István György 2018: Apakomplexus, Interjú, in: hvg, 15. szám v. 12.04.2018, S. 18-20.

AUTOREN

PROF. DR. ELLEN BOS

Ellen Bos, geb. 1960, leitet den Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der Andrassy Universität Budapest. Sie leitet dort außerdem das Ph.D.-Programm „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ und ist seit 2017 Prorektorin für Forschung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: Transformationsforschung, Demokratieforschung, Europäisierungsprozesse und Vergleichende Außenpolitikanalyse.

E-Mail: ellen.bos@andrassyuni.hu

DR. ZOLTÁN TIBOR PÁLLINGER

Zoltán Tibor Pállinger, geb. 1967, leitet den Lehrstuhl für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung an der Andrassy Universität Budapest. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: Demokratieforschung, Direkte Demokratie, Vergleichende Politikwissenschaft, Eliteforschung, Kleinstaatenforschung, Politische Theorie und Ideengeschichte.

E-Mail: zoltan.pallinger@andrassyuni.hu

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2570-0715

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Felicitas von Mallinckrodt

Gestaltung:

Christian Chalupka

© MIDEM 2018

MIDEM ist ein Projekt der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

